

Unterrichtung durch das Präsidium des Studierendenparlamentes

Das Studierendenparlament hat in seiner Sitzung am 8. Juli 2024 auf Grundlage eines Sachantrages auf Vorlage 2424/44 in Verbindung mit einem Änderungsantrag auf Tischvorlage (vgl. Protokoll auf Vorlage 2425/45) folgendes beschlossen:

**Versammlung der Studierenden zu Beginn des
Wintersemesters 2024/25: Bedarfsgemäße
Finanzierung der Uni Hamburg zur Wohlfühlentwicklung
statt Schuldenbremse**

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament beauftragt den Präsidenten des Studierendenparlamentes eine Versammlung der Studierenden zum Beginn des Wintersemesters 2024/25 einzuberufen.

Bei der Versammlung der Studierenden soll nach einer Einführung in den Stand der Auseinandersetzung um die Finanzierung der Uni Hamburg, diskutiert werden, wie die Studierendenschaft der durch Schuldenbremse und Sparpolitik staatlich gewollten Unterfinanzierung der Universität etwas entgegensetzen kann. Die bis dahin erarbeitete Bestandsaufnahme der Unterfinanzierungs-Lage der Universität soll vorgestellt werden. Die Versammlung soll außerdem den Austausch über konkrete Erfahrungen in Bezug auf Einsparungen und die dadurch entstandenen Problematiken ermöglichen, hin auf die Beratung von Aktivitäten und Aufklärungsarbeit für die Überwindung der Unterfinanzierung.

Die Universität Hamburg ist unterfinanziert. Diese prekäre Finanzierungslage wird akut verschärft durch den fehlenden Ausgleich des Lochs, welches aufgrund der Schuldenbremse bei höheren Tarif- und Preissteigerungsraten entstanden ist. Die negativen Folgen sind Arbeits- und damit Stressverdichtung, zu wenige und zu volle Lehrveranstaltungen, marode Gebäude, gesteigerte Drittmittel-Abhängigkeit – und damit gehemmte Entfaltung der Wissenschaft zum Allgemeinwohl.

Die aktuellen Verschlechterungen sollen vom rot-grünen Hamburgischen Senat mit der Beschwichtigung bis Erpressung legitimiert werden, dass es anderen öffentlichen Bereichen ja noch schlechter ginge, bzw. Hamburg noch besser dastehe. Doch genau dieses Gegeneinander Auspielen ist die negative Konsequenz aus der Schuldenbremsen-Politik, hoch schädlich, und Feldbestellung für gesteigerten Nationalismus und Aufrüstung. Damit kann sich niemand zufriedengeben.

Wissenschaft zur Völkerverständigung durch Kooperation ist die Alternative zur Militarisierung. Zur solidarischen Lösung der existenziellen Bedrohung der Menschheit durch Massenverarmung, Kriegseskalation, Massenvertreibung und Umweltzerstörung

müssen Hochschulen nicht nur Wissenschaft zur Realisierung der Sustainable Development Goals ausbauen, sondern auch gesellschaftlich kritisch und engagiert eingreifen. Dafür ist auch die wachsende Drittmittel-Abhängigkeit zu überwinden. Denn Drittmittel sind als projekt- und konkurrenzförmige Finanzierung von Wissenschaft kooperations-feindlich, innovations-hemmende und konformitäts-erziehend. Dagegen ist die im Grundgesetz als Konsequenz aus dem Faschismus verbriefte Wissenschaftsfreiheit (Art. 5) zur Realisierung der Würde des Menschen (Art. 1) umfassend wahrzunehmen und zu gewährleisten.

Es braucht also massive Investitionen in Wissenschaft und Bildung – und dafür eine soziale Bewegung aus Studierendenschaft und Universität. Hamburg ist eine reiche Stadt, allein das konsequente Eintreiben der fälligen Steuern würde 1,8 Milliarden mehr in den Haushalt bringen.